

Schwedter Tageblatt

Verkündungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Pierraden

Fernsprecher Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,50 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,60 M. für den Monat. Für Postbezieher Bestellgeld besonders.



Postcheckkonto Berlin 39142.

Anzeigen werden die einseitige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Innehaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigen-Annahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. D. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. D.

Nummer 199

Donnerstag, den 26. August 1926

33. Jahrgang

Chronik des Tages.

— Am Mittwoch traf in Berlin der neue japanische Botschafter Nagaoa ein; er wurde am Bohnhof Friedrichstraße von Vertretern des Auswärtigen Amtes und dem bisherigen japanischen Geschäftsträger Dr. Ito empfangen.
— Aus England werden im Zusammenhang mit dem Bergarbeiterstreik verschiedentlich schwere Unruhen gemeldet.
— Der abgelehnte griechische Diktator Pangalos ist nach einer Insel in Sicherheit gebracht worden.
— Aus Moskau verlautet, daß der Kommandant der Roten Flotte seines Postens enthoben worden sei.
— In Ebian bei Genf haben bekannte Finanzgrößen über die aktuellen Probleme beraten.
— In Genf wurde der Minderheitenkongreß eröffnet.

Vor der Genfer Tagung.

In etwa 14 Tagen also soll Deutschland in den Bund der Völker als gleichberechtigtes Mitglied aufgenommen werden. Ein großer Schritt. Und doch ein kleiner, denn schon im März wurde uns gesagt, daß wir „moralisch“ ja schon drin seien. Na, wenn der richtige Eintritt uns keine weiteren Vorteile bringt, als der „moralische“, dann brauchen unsere Hoffnungen keinen allzu hohen Flug zu nehmen. Nach Meldungen aus ausländischer Quelle soll der juristische Sachverständige der Reichsregierung, Ministerialdirektor Dr. Gaus, noch vor der Völkerbund-Tagung zu einer Konferenz mit dem Rechtsberater des englischen Auswärtigen Amtes Sir Cecil Hurst und seinem französischen Kollegen, dem Direktor in dem Pariser Außenministerium, Fromageot, zusammenkommen. Zweck der Besprechung, die eventuell in Berlin stattfindet, soll es sein, in einer Art Vorbesprechung eine Basis zu finden. Was von dieser Meldung zu halten ist, bleibt abzuwarten!

Schon jetzt ist fiebrige Tätigkeit in diplomatischen Kreisen. Lord Cecil wird am Sonnabend nach Genf reisen, um als Englands Vertreter an der Sitzung der Verfassungskommission des Völkerbundes teilzunehmen. In amtlichen englischen Kreisen erwartet man, daß die Verfassungskommission des Völkerbundes Lord Cecils Kompromiß in der Ratsfrage, das bereits vorläufig angenommen worden war, endgültig genehmigen wird. Die genaue Festlegung der Richtlinien der französischen Regierung für ihre Genfer Delegation wird in dieser Woche erfolgen. Die spanische Aktion hat jedoch in politischen Kreisen die Diskussion über das Programm für Genf bereits stark in Fluß gebracht und auch am Quai d'Orsay zu Besprechungen Veranlassung gegeben, deren Inhalt und Ergebnis geeignet sein können, den voraussichtlich endgültigen französischen Standpunkt in der Ratsfrage voranzubestimmen. Es ergibt sich etwa nachstehendes Bild: Die französischen Parlamente haben mit überwältigender Mehrheit die Locarno-Verträge gutgeheißen und als Voraussetzung für eine endgültige Inkraftsetzung der Locarno-Verträge den sofortigen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund anerkannt. Die französische Politik kann daher nur darauf hinauslaufen, die Erteilung eines ständigen Ratsitzes allein an Deutschland zu begünstigen. Die Außenpolitik Briands baut sich nach wie vor auf den Locarno-Verträgen auf und ein abermaliges Scheitern in Genf müßte zu einem verhängnisvollen Rückschlag führen.

Großes Interesse erweckt der heute beginnende Minderheiten-Kongreß. In deutschen Minderheiten sind vertreten: die dänische durch Abgeordneten Schmidt-Wodder, die estnische durch Abgeordneten Dr. Haffelblat, die ungarische durch Dr. Gundisch und Ministersekretär Bog, die italienische durch Abgeordneten Baron Sternbach und Tienzi, die jugoslawische durch den Abgeordneten Grassl, die lettische durch Abgeordneten Schlemann, die litauische durch Herrn v. Berg, die polnische durch den Abgeordneten Kaumann, die rumänische durch die Abgeordneten Brandisch und Dr. Mühl, und die slowenische durch den Abgeordneten Dr. Medinger. An fremden Minderheiten in Deutschland sind vertreten: die polnische durch die Abgeordneten Karczewski, die dänische durch Chefredakteur Christiansen, die baltische durch Lorenz. Die Kongreßleitung ist unter dem Vorsitz von Dr. Wilfan, dem Führer der slowenisch-kroatischen Minderheiten aus Italien.

Von ägyptischer Seite werden seit einiger Zeit Anstrengungen gemacht, die Zulassung Ägyptens zum Völkerbund als selbständiger Staat durchzusetzen. Ferner wird aus Tokio gemeldet, daß die japanische Regierung ihrem Delegierten beim Völkerbund, dem Grafen Nishi, völlige Freiheit in der Frage der Neu-

bertellung der Ratsitze und aller anderen der Völkerbundversammlung im September vorzulegenden Fragen lasse.

Streikunruhen in England.

Einkaufung des Parlaments.

Gestern trat im Schloß Balmoral, wo sich der König augenblicklich befindet, ein Kronrat zusammen, um eine Notstandsproklamation und eine weitere Proklamation zu veröffentlichen, die das Parlament für nächsten Montag einberuft.

Es handelt sich nämlich um die Bestätigung der Notstandsverordnungen. Man nimmt an, daß die Erörterungen sehr erregt werden. Circa 300 bis 400 Mitglieder werden anwesend sein müssen. Die Regierung ist bestrebt, die Sitzung nicht länger als zwei Tage dauern zu lassen.

Infolge verstärkter Einschüchterung der arbeitswilligen Bergleute zeigt die Zahl der Ausständigen eine weitere Zunahme. Die Erregung in den mittelländischen Bezirken wächst, und es kam zu mehrfachen Zusammenstößen mit der Polizei, wobei die Polizei häufig die mit Stöcken versehenen Bergleute entmannen mußte. Die Türen an den Wohnungen arbeitswilliger werden mit Drohungen in Kreide schrift beschrieben. Verschiedene Ortschaften beantragen bei der Regierung Verstärkung ihrer Polizeimannschaften. Die Grubenbesitzer erklären die Lage für sehr ernst. Der Bergarbeiterführer Cook verweigerte die Bereitschaft, ein Friedensabkommen zu schließen, das einen Minimallohn von zehn Schillingen täglich festsetzen würde. Der Vollzugsausschuß der Bergleute kehrt nach London zurück und wird nach allerdings unbestimmt gehaltenen Neuversuchen Cooks Versuche zur Wiedereröffnung von Verhandlungen unternehmen.

Ministerpräsident Baldwin ist in St.-Gallen bei Genf eingetroffen.

Frankreich soll unterstützt werden.

Finanzverhandlungen in Ebian.

Bekanntlich haben sich in Ebian am Genfer See verschiedene Finanzgrößen der alten und neuen Welt eingefunden. Erst schien es Zufall, jetzt scheint es Absicht. Pariser Blätter glauben von diesem Aufenthalt, wo sich der amerikanische Geschäftsekretär Mellon, der Präsident der Federal Reservebank Strong, der Generalagent für die Reparationen, Parker Gilbert, und der ehemalige Geschäftsekretär Horne eingefunden haben, zu wissen, daß Mellon gemeinsam mit Strong die Frage zu prüfen habe, welche finanzielle Unterstützung Frankreich zuteil werden könne, wenn das Schuldenabkommen ratifiziert werde.

Mellon habe mit einem französischen Politiker die Möglichkeit der Mobilisierung eines Teiles der deutschen Eisenbahnobligationen für den Fall einer Ratifizierung des Schuldenabkommens durch das französische Parlament untersucht. Die Schwierigkeiten auf diesem Gebiet seien groß, da diese Obligationen nur verkauft werden können, wenn die deutsche Regierung in eine Änderung des Zahlungsplanes einwillige. Die deutsche Regierung würde solche Verhandlungen aber nur gegen politische Zugeständnisse machen.

Ferner habe Parker Gilbert mit Mellon die Frage besprochen, wie die Summe verwendet werden könne, die in Berlin auf Grund des Dawes-Plans zur Bezahlung der amerikanischen Kriegskosten angesammelt würde. Es handle sich hier um große Beträge. Eine Zeitlang habe die amerikanische Regierung daran gedacht, sie für die Errichtung oder für den Kauf von Gebäuden für die amerikanischen Botschaften in Europa zu verwenden, man sei jedoch wieder davon abgekommen.

Politische Rundschau.

Der deutsche Gesandte in Warschau, Ulrich Hauser, ist zu kurzem Aufenthalt in Berlin eingetroffen. Der Gesandte dürfte Gelegenheit nehmen, mit den Berliner zuständigen Stellen die Lage im Zusammenhang mit der bevorstehenden Völkerbundtagung zu besprechen.

Der handelspolitische Ausschuß des Reichstages ist zu Dienstag, den 31. August, zu einer Sitzung einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Aussprache über die Entschädigung auf Aufhebung des Gesetzstwurfs über die Wertbestimmung der Einfuhrscheine, ferner die Frage der Futtermittel- und Butterzölle.

Die Parteileitung der Deutschnationalen Volkspartei hielt am Mittwoch unter Vorsitz des Grafen Westarp zur Vorbereitung des Kölner Parteitag eine Sitzung ab.

Der Arbeiter Hans Mees aus Bromberg ist vom Reichsgericht wegen verurteilter Spionage zum Nachteil des Deutschen Reiches zu zwei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt worden. Mees hatte versucht, Nachrichten, die im Interesse des Staates geheim zu halten waren, in Detmold einem belgischen Spionageagenten auszuhandeln und war dabei überrascht worden.

Seine Besprechungen zwischen Gaus, Hurst und Fromageot.

Berlin, 26. August. Wie gegenüber ausländischen Pressemeldungen von zuständiger Berliner Stelle erklärt wird, hat eine Zusammenkunft der Juristen Sir Cecil Hurst, Fromageot und Gaus weder stattgefunden, noch ist eine solche vor dem Zusammentritt der Studienkommission geplant. Als deutscher Vertreter für die Studienkommission wird Botschafter v. Hoeßel delegiert werden. Ob Gaus mitfährt, steht noch nicht fest.

Um den Ausbau des Dortmund-Ems-Kanals. Die Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern Dortmund, Emden und Münster haben gemeinschaftlich mit dem Schiffsverkehrsverein für die westfälischen Kanäle und die Weser eine Eingabe an das Reichsverkehrsministerium, das Reichsarbeitsministerium, das Reichswirtschaftsministerium und an das Preussische Ministerium für Handel und Gewerbe gesandt, in der es u. a. heißt: „Der einzige Weg, dem Stillstand der westfälischen Erzverhüttung zu begegnen, ist der Ausbau des der Verkehrsentwicklung nicht mehr entsprechenden Dortmund-Ems-Kanals. Es fehlt wie in früheren Jahren die leistungsfähige, unmittelbare Verbindung mit einem deutschen Seehafen. Die Werke sind in hohem Maße abhängig von dem holländischen Hafen Rotterdam, ein Mißstand, der sich für die weitere vom Rhein abgelegene Industrie namentlich in Zeiten für die Schifffahrt günstiger Frachtkonjunktur zu einem unerträglichen Druck steigern kann.“ Die Eingabe schließt mit der Bitte, darauf hinzuwirken, daß der in einzelnen Bauwerken bereits begonnene Ausbau des Dortmund-Ems-Kanals als dringlich behandelt und durch unerschöpfliche Bereitstellung von Mitteln aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge gefördert wird.

Die preussische Anleihe in New York. Zu der Meldung, daß im Herbst eine preussische Anleihe von 20 Mill. Dollar in Amerika aufgelegt werden soll, ist zu erfahren, daß es sich um die vor Monaten beschlossene Auflegung der 150-Millionen-Anleihe handelt, die zum größten Teil bereits im Inland untergebracht worden ist. Zur Zeichnung im Ausland kommt höchstens ein Betrag von 15-20 Millionen Dollar in Frage. Hierüber schweben seit geraumer Zeit Verhandlungen mit dem New Yorker Bankhaus Harris Forbes u. Co., die wahrscheinlich demnächst zum Abschluß gelangen dürften.

Ausflug des Breslauer Katholikentages. In der letzten öffentlichen Versammlung sprach der deutsche Gesandte in Wien, Graf Lerchenfeld. Als er im Verlauf seiner Rede auch auf den Völkerbund zu sprechen kam, meinte er, der Gedanke eines Völkerbundes sei eminent katholisch, allerdings nicht in seiner augenblicklichen Form, die dem Machtgedanken nur allzuviel Spielraum gebe und die großen sittlichen Kräfte ausschalte. Nach dem Vortrag des Grafen Lerchenfeld hielt der Präsident des Katholikentages, Landeshauptmann Dr. Horion, die Schlußrede. Zur Sozial- und Wirtschaftspolitik wurde eine Entschließung angenommen, in der die ganze Aufmerksamkeit der Katholiken aller Berufsstände auf die wirtschaftliche Notlage, unter der noch zahlreiche Volksgenossen leiden, gelenkt wird. Die 65. Generalversammlung begrüßt daher die stärkere wirtschaftliche Initiative der Reichsregierung und des Reichstages sowie der Volksvertretungen und Regierungen der Länder, die darauf abzielt, die Zahl der Erwerbslosen zu vermindern, den Baumarkt zu beleben, die Industrie wieder stärker in Gang zu bringen und die innere Kolonisation zu steigern.

Ausland.

Vom 25. August ab begann die Ungarische Nationalbank die auf Kronenwährung lautenden Banknoten mit einem Währungsstempel lautend auf Pengö zu versehen und in den Verkehr zu bringen, und zwar in der Weise, daß die 1 Millionen-Kronen-Noten eine Ueberstempelung auf 80 Pengö und die übrigen Banknoten eine entsprechende Ueberstempelung erhalten.

Aus Rebal wird gemeldet, in Rußland werde ein Spionageprozeß gegen etwa 40 estländische Staatsangehörige vorbereitet. In diesem Prozeß werde auch der ehemalige estnische Gesandte Birt als Zeuge auftreten.